

**Niederschrift über die 5. Sitzung des Kreistages am Mittwoch, dem 17.06.2015, ab 17:00
Uhr in der Plenarsaal des Kreishauses in Genthin, Brandenburger Straße 100**

Anwesenheit der Mitglieder des Kreistages

Vorsitzende/r

Herr Matthias Fickel

Erster stellvertretender Kreistagsvorsitzender

Herr Helmut Halupka

Zweiter stellvertretender Kreistagsvorsitzender

Herr Michael Bremer

Landrat

Herr Dr. Steffen Burchhardt

CDU-Fraktion

Herr Dr. Volker Bauer
Herr Andreas Buchheister
Herr Egon Buchmann
Herr Hartmut Dehne
Herr Marco Klapper
Herr Markus Kurze MdL
Herr Gerd Mangelsdorf
Herr Frank-Michael Ruth
Herr Dr. Peter Sanftenberg
Herr Gerry Weber

Fraktion FDP/WG/FW

Herr Klaus Bock
Herr Harald Bothe
Herr Andreas Dertz
Herr Andreas Fischer
Herr Bernd Köppen
Herr Frank Krehan
Herr Wilmut Pflaumbaum
Herr Dr. Peter Randel
Herr Sören Rawolle

SPD-Fraktion

Herr Kay Gericke
Frau Dr. Mechthild Kaatz
Herr Dr. Michael Krause
Herr Horst Leiste
Herr Jörg Rehbaum
Herr Otto Voigt

ab 17:10 Uhr

Fraktion DIE LINKE

Frau Kerstin Auerbach
Herr Wolfgang Bernicke
Frau Barbara Bester
Frau Gabriele Herrmann
Herr Mario Langer
Frau Lisa Wolf

Fraktion Grüne/Wähler-Endert

Herr Frank Endert
Herr Dr. Christoph Kaatz
Herr Mike Kissel
Herr Lutz Nitz

von der Verwaltung

Herr Bernhard Braun	Vorstandsmitglied I
Herr Bernd Girke	Vorstandsmitglied II
Herr Henry Liebe	Büro des Landrates und Leiter SKB
Frau Angela Sürig	Personal
Frau Doris Gansera	Finanzen
Frau Katrin Erdmann	Umwelt, Landwirtschaft und Forsten
Frau Yvonne Pilz	Rechnungsprüfungsamt
Frau Cornelia Weise	Gebäude- und Liegenschaftsmanagement
Frau Bärbel Finzelberg	Protokollführerin
Frau Marion Zehm	Sekretariat Vorstandsmitglied I
Herr Dirk Zelmanski	Tontechnik

es fehlen:

CDU-Fraktion

Herr Dr. Matthias Greulich
Herr André Gröpler
Herr Wolfgang März

entschuldigt

SPD-Fraktion

Herr Torsten Kahlo

entschuldigt

**Tagesordnung:
Öffentlicher Teil**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit
2. Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Feststellung der Niederschrift der Kreistagssitzung vom 11. März 2015
5. Haushalt 2015 **01/62/15 -2.
Fassung**
6. Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Jerichower Land für das Geschäftsjahr 2013 **01/77/15**
7. Verlängerung des Förderprogramms "Familienintegrationscoaching" **01/79/15**
8. Gemeinschaftsschule Möckern Loburg **01/82/15**
9. Beschaffung des Ratsinformationssystems "Session" **01/80/15**
10. Beitritt des Landkreises Jerichower Land zur Kommunalen IT- Union e.G. **01/81/15**
11. Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen
12. Anfragen und Anregungen
13. Schließung des öffentlichen Teils
14. Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen
15. Anfragen und Anregungen
16. Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse
17. Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil

TOP 1

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreistages eröffnet die Sitzung um 17:05 Uhr, verweist auf das geschichtsträchtige Datum der Sitzung und erinnert an die Ereignisse des 17. Juni 1953.

Der Vorsitzende des Kreistages verweist darauf, dass die Einladung mit der Tagesordnung für die 42 Kreistagsmitglieder und den Landrat am 4. Juni 2015 zur Post gegeben bzw. per E-Mail versendet wurde. Er stellt damit die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung fest. Er stellt weiterhin fest, dass sich 2 Mitglieder des Kreistages zur Sitzung entschuldigt haben und dass 3 Kreistagsmitglieder (im Verlaufe der Sitzung 2 Kreistagsmitglieder) fehlen. Er stellt bei Teilnahme von 37 (im Verlaufe der Sitzung 38) Mitgliedern des Kreistages und des Landrates die Beschlussfähigkeit fest.

Der Vorsitzende des Kreistages begrüßt Herrn Langer, der mit Wirkung vom 1. Mai 2015 für Frau Wambach in den Kreistag nachgerückt ist, verpflichtet ihn auf die gewissenhafte Erfüllung der Amtspflichten als Mitglied des Kreistages. **Der Vorsitzende des Kreistages** und **der Landrat** wünschen Herrn Langer eine erfolgreiche Arbeit im Kreistag.

Der Vorsitzende des Kreistages gibt folgende Änderung der Besetzung der Ausschüsse bekannt: Herr Mario Langer ist anstelle der ausgeschiedenen Frau Wambach rückwirkend ab dem 1. Mai 2015 Mitglied im Ausschuss für Bau, Wohnung, Wirtschaft und Verkehr.

TOP 2

Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Frau Herrmann beantragt, den Tagesordnungspunkt 8 Gemeinschaftsschule Möckern/Loburg vor dem Tagesordnungspunkt 5 Haushalt zu verhandeln. Sie begründet dies mit möglichen Auswirkungen der Beschlussfassung auf den Haushalt.

Der Kreistag stimmt dem Änderungsantrag mehrheitlich bei 4 Stimmenthaltungen zu.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass es keine weiteren Änderungsanträge zur Tagesordnung gibt.

Der Kreistag stimmt der geänderten Tagesordnung einstimmig zu.

TOP 3

Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass keine Einwohneranfragen vorliegen und schließt die Einwohnerfragestunde.

TOP 4

Feststellung der Niederschrift der Kreistagssitzung vom 11. März 2015

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass gegen die Niederschrift keine Einwendungen nach der Geschäftsordnung vorliegen. Die Niederschrift gilt damit als festgestellt.

Der Kreistag verhandelt zunächst den Punkt 8 der Tagesordnung Gemeinschaftsschule Möckern/Loburg – Beschlussvorlage 01/82/15 (siehe Niederschrift Seite 8).

TOP 5

01/62/15 -2. Fassung

Haushalt 2015

Der Vorsitzende des Kreistages gibt die Sitzungsleitung an den **Ersten Stellvertretenden Kreistagsvorsitzenden** ab und nimmt Platz in den Reihen der CDU-Fraktion.

Der Landrat begründet den Haushalt. Er betont, dass es nach fast einem Jahr im Amt an der Zeit sei, eine Beschreibung der Situation von Verwaltung und Kreis zu liefern. Er nehme vorweg: die Verwaltung sei funktionstüchtig. Auch wenn er noch Ansatzpunkte zur Verbesserung sehe, vieles laufe geräuschlos gut.

Zur Situation des Landkreises verweist er darauf, dass noch kein genehmigter Haushalt vorliege und nur noch wenige Investitionen in diesem Jahr möglich seien. Er erinnert daran, dass der 1. Haushalts-Entwurf mit einem Defizit von 6 Mio. Euro auf Wunsch der Kreistagsmitglieder zurückgestellt wurde, weil mehr Zeit gewünscht wurde, um sich intensiv in allen Ausschüssen mit dem Haushalt zu befassen. Daraus habe die Verwaltung gelernt und werde bei der Haushalts-Planung 2016 den Kreistag früher mit einbinden. Er ermuntere die Kreis-tagsglieder ausdrücklich, möglichst frühzeitig Anregungen und Fragen direkt an die Kreisverwaltung zu leiten.

Der Landrat betont, dass der Landkreis kaum freiwillige Ausgaben habe. Und jede Kürzung die letzten verbliebenen Institutionen samt Fördermittel gefährden würde (Sport- und Wirtschaftsförderung, Museum, Musikschule, Bibliothek und KVHS). Damit würde auch ein Stück Identität verloren gehen. Das könne und solle nicht zugelassen werden.

Der neue Haushalts-Entwurf sehe nunmehr ein Defizit von 2,2 Mio. Euro vor. Eine Verbesserung, die sich hauptsächlich durch gestiegene Zuwendungen für die Aufnahme von Asylbewerbern, Rückerstattung aus dem B&T-Paket und die zwangsläufige Verschiebung von Investitionen ins nächste Jahr ergeben habe. Sich abzeichnende Jahresüberschüsse aus 2013 und 2014 sollen das verbleibende Defizit ausgleichen. Der vorgelegte Haushalt sei in dieser Form ohne weiteres zustimmungsfähig.

Der Landrat macht auf das strukturelle Defizit des Landkreises aufmerksam, weil vom Land immer mehr Aufgaben übertragen und gleichzeitig immer weniger Geld dafür bereitgestellt werde. Gemeinden und Landkreis sitzen in einem Boot. Auch den Gemeinden stehe das Wasser bis zum Halse. Einnahmen des Landkreises seien im Wesentlichen die Kreisumlage, die Landeszuweisungen und die Gebühren. 49 % Kreisumlage seien hoch, mehr könne man den Ge-

meinden nicht aufbürden. Es sei festzustellen, dass Landkreise und Gemeinden sich um dutzende Fördertöpfe „balgen“, um überhaupt noch etwas gestalten zu können.

Werterhaltung und Investitionen seien sukzessive zurückgefahren worden, man lebe auf Verschleiß. Für die Kreis- und Gemeindestraßen erhalte der Landkreis 1,5 Mio. Euro - Tendenz fallend. Das seien ca. 3 km Straße bei einem Straßennetz von 230 km. Noch habe der Landkreis ein gutes Straßennetz. Aber die Abschreibungen seien deutlich höher. Die Infrastruktur könne so nicht erhalten werden.

Beim Nahverkehr habe man die Leistungen bereits seit Jahren schleichend herunter gefahren. Zu manchen Dörfern gebe es nur noch einen erweiterten Schülerverkehr, zu dem der Landkreis gesetzlich verpflichtet sei.

Die Kosten der Abfallbeseitigung könnten nach einem aktuellen Gutachten zwar deutlich gesenkt werden. Dies sei für den Bürger eine mögliche Entlastung, für den Kreishaushalt aber nur ein Durchlaufposten.

Ein Vergleich beim Personal bestätige, dass der Landkreis je 1000 Einwohner die zweitwenigsten Mitarbeiter habe. In mehreren Bereichen sei bereits eine akute Unterbesetzung zu verzeichnen. Mittlerweile falle es schwer, alle gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen. Langzeitausfälle erschweren die Situation zusätzlich. Der Landrat macht darauf aufmerksam, dass das Jerichower Land der einzige Landkreis sei, der sich keinen Fahrer leiste, auch keine Rezeption mehr in den Verwaltungsgebäuden. Und doch soll versucht werden, hier noch effizienter zu werden. Die Umstrukturierung der Kreisverwaltung sei ein erster Schritt, der im kommenden Jahr mit einer Untersuchung der gesamten Organisation enden werde. Im Ergebnis sei dann auch das Personalentwicklungskonzept zu aktualisieren. Er sehe hier eine Chance in der kontinuierlichen Verjüngung der Verwaltung. Ziel müsse es sein, die Tarifsteigerungen 2 - 3 Jahre zu kompensieren. Alles werde auf den Prüfstand gestellt.

Das Land habe erste Nachbesserungen angedeutet. Bei der Aufnahme von Asylbewerbern seien inzwischen 8.600 Euro pro Person und Jahr zugesagt. Der Landkreis liege derzeit deutlich darüber und müsse versuchen in Zukunft damit klar zu kommen. Auch die Frage der Abschreibungen müsse im FAG geklärt werden. Die Kommunen brauchen echte Anreize und wieder mehr Spielraum. Ohne diese seien Kommunalpolitiker überflüssig.

Der Landrat fordert alle Kreistagsfraktionen auf, sich gegenüber dem Land für die Kommunalfinanzen stark zu machen. Nur gemeinsam könne Gehör gefunden werden. Und neun Monate vor der Landtagswahl sei dafür der richtige Zeitpunkt.

Herr Nitz begrüßt die Ausführungen des Landrates und sichert ihm die volle Unterstützung der Fraktion Bündnis90/Die Grünen-Freie Wähler/Endert JL zu, sich gegenüber dem Land für die Kommunalfinanzen stark zu machen.

Frau Herrmann erklärt die überwiegende Zustimmung aus den Reihen der Fraktion DIE LINKE. Anzuerkennen sei das Bemühen der Verwaltung, einen komplexen Haushalt vorzulegen, der alle Bereiche handlungsfähig erhalte. Sie fragt nach den Haushaltsauswirkungen der soeben vom Kreistag getroffenen Entscheidung zur Sekundarschule Loburg. Der Landrat habe sich dafür ausgesprochen, dass die kommunale Gemeinschaft aus Landkreis und Gemeinden gemeinsam Vorhaben auf den Weg bringen soll. Dabei habe er die volle Unterstützung der Fraktion. Die vom Landrat eingeforderten neuen Grundsätze für die Finanzierung der Kommunen werde die Fraktion ebenfalls mit allen rechtlichen und politischen Mitteln unterstützen.

Herr Gericke wirbt um Zustimmung für den Haushalt, um die vorgesehenen Investitionen vornehmen zu können. Er appelliert an den Finanzminister des Landes Sachsen-Anhalt, die Kommunen endlich ausreichend zu finanzieren. Er hoffe, dass dieser Appell auch mitgenommen werde.

Herr Fickel merkt kritisch an, dass der Haushalt durch eine Entnahme aus der Rücklage ausgeglichen worden sei. Er hätte sich gewünscht, dass in der Vorbereitung des Haushaltes auch weiter konstruktiv über Konsolidierung nachgedacht worden wäre. Dies habe er in den Ausschüssen vermisst. Er kritisiert, dass der Landkreis kein Konsolidierungskonzept auflegt, um zu zeigen, wie er sich mit eigenen Ideen vorbereitet, wenn nicht die großen Änderungen in der Finanzierung durch das Land eintreten. Im Zusammenhang mit dem Beschluss des Kreisausschusses zur Einstellung der Pressesprecherin fragt er, ob es in dem neuen Stellenplan einen Aufwuchs an Planstellen gibt und wenn ja, wo sie sind.

Herr Köppen signalisiert im Namen der Fraktion FDP/Wählergemeinschaften/Freie Wähler die mehrheitliche Zustimmung zum Haushalt. Er verbindet dies mit dem Dank an die Verwaltung für die ordentliche Vorlage. Er stimmt dem Landrat zu, sofort mit dem Haushalt 2016 zu beginnen, den Druck in Richtung des Landes zu aktivieren und über neue Ideen und Konsolidierungsmaßnahmen nachzudenken.

Der Landrat antwortet auf die Frage von **Frau Herrmann**, dass im Haushalt 2015 für die Schule Möckern vorsorglich 300.000 Euro und für 2016 die verbleibenden 1,2 Mio. Euro eingeplant sind. Für die Schule Loburg war im Haushalt 2015 ein Aufwand eingeplant von 300.000 Euro für Brandschutz. Die genauen Auswirkungen des soeben vom Kreistag gefassten Beschlusses wolle er nicht vorwegnehmen. Denkbar sei, dass die geplanten Positionen nicht in voller Höhe zum Tragen kommen. Zur Frage von **Herrn Fickel** zum Stellenplan wiederholt der Landrat die Bitte, Fragen und Kritiken vor der Sitzung an die Verwaltung zu richten. Er bittet um Verständnis, dass die Frage schriftlich beantwortet werde. Zu den von Herrn Fickel kritisierten Konsolidierungsbemühungen macht der Landrat deutlich, dass die Ausschüsse noch einmal einberufen waren. Er sei in allen Ausschüssen anwesend gewesen. Zu den Finanzen habe es nicht einen Wortbeitrag, keine Nachfragen, Anregungen oder Kritiken gegeben. Fazit sei für ihn gewesen, dass es kein politischer Wille sei, an den „Schrauben“ der sehr geringen freiwilligen Aufgaben „zu drehen“. Wenn das politischer Wille sei, könne man darüber bei der Vorbereitung des Haushaltes 2016 wieder ins Gespräch kommen.

Herr Rehbaum verweist zur Frage von Herrn Fickel auf den Haushaltsplan, Seite 313.

Herr Fickel erwidert, dass sich die Kreistagsmitglieder der Konsolidierung nicht entziehen wollen. Er verstehe das Zusammenspiel von Kreistag, Ausschüssen und Verwaltung so, dass zunächst die Verwaltung gefordert sei, Vorschläge zu unterbreiten und nicht die ehrenamtlichen Kreistagsmitglieder.

Der Erste stellvertretende Kreistagsvorsitzende stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Er stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei keiner Gegenstimme und einigen Stimmenthaltungen die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 mit dem Haushaltsplan.

Der 14. Beteiligungsbericht des Landkreises Jerichower Land wird zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende des Kreistages übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

TOP 6

01/77/15

Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Jerichower Land für das Geschäftsjahr 2013

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass zur Vorlage niemand das Wort nimmt und lässt über die Vorlage abstimmen.

Der Vorsitzende des Kreistages macht darauf aufmerksam, dass das Mitwirkungsverbot außer Acht gelassen worden sei. Deshalb sei die Abstimmung zu wiederholen. Er stellt fest, dass **Herr Kurze MdL, Herr Bock und Herr Bremer** an der Beratung und Abstimmung zum Tagesordnungspunkt nicht mitwirken und Platz in den Besucherreihen nehmen.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei keiner Gegenstimme und 4 Stimmenthaltungen, dem Verwaltungsrat der Sparkasse Jerichower Land wird gemäß §§ 6 Abs. 2 Nr. 5, 26 Abs. 5 Sparkassengesetz Land Sachsen-Anhalt für das Geschäftsjahr 2013 Entlastung erteilt.

TOP 7

01/79/15

Verlängerung des Förderprogramms "Familienintegrationscoaching"

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass zur Vorlage niemand das Wort nimmt.

Der Kreistag stimmt einstimmig der Verlängerung des Projektes "Familienintegrationscoaching" zu.

TOP 8

01/82/15

Gemeinschaftsschule Möckern Loburg

Frau Auerbach äußert Zweifel an der Sachverhaltsdarstellung, dass der Bildungs- und Kulturausschuss aus pädagogischer Sicht die sofortige Schließung der Schule Loburg empfohlen habe. Der Kreistag habe in der vorangegangenen Sitzung mit großer Mehrheit der Klage gegen den Bescheid des Landesschulamtes zugestimmt. Nur aus finanziellen Gründen sollen jetzt die eigenen Beschlüsse „über den Haufen geworfen werden“, obwohl man von der Bedeutung des Schulstandortes Loburg in den vergangenen Ausschüssen noch überzeugt war. Frau Auerbach fordert, ein Zeichen zu setzen und das gewonnene Jahr im Bildungsausschuss zu nutzen, um Mittel und Wege zu finden für den Erhalt beider Standorte und etwas dafür zu tun, dass aus pädagogischer Sicht künftig im Sinne der Schüler gearbeitet werden kann. Sie beantragt namens der Fraktion DIE LINKE **namentliche Abstimmung** über die Beschlussvorlage.

Herr Nitz nennt als Ziel der Fraktion Bündnis90/Die Grünen-Freie Wähler/Endert JL den Erhalt beider Schulstandorte mit Loburg als Außenstelle. Das stetige Streben nach Haushaltsausgleich gefährde die Identifikation mit dem Landkreis. Er fordert, diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die für „solche Schülerzahlen-Spiele“ und Fehlentwicklungen verantwortlich sind.

Herr Fischer erklärt, dass er als Loburger um den Erhalt des Schulstandortes kämpfe. Für die Außenstelle in Loburg wären nach seiner Berechnung 300.000 Euro für den zweiten Rettungsweg, Brandschutz- und sonstige Maßnahmen sowie als Reserve erforderlich. Gemäß Schulplanungsverordnung § 2 Abs. 5 sei bei Schulstandortanpassungen aufgrund der demografischen Entwicklung eine Ausnahme zulässig, wenn die Investitionen an dem zukünftigen Standort außer Verhältnis stehen zur Nutzung des jetzigen Standortes. Unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit betrachtet, stehen in diesem Falle 1,5 Mio. Euro gegen 300.000 Euro. Er ruft die Kreistagsmitglieder dazu auf, dem Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen, sondern den Landrat und die Kreisverwaltung zu beauftragen, die Klage durchzuziehen und die von ihm angeführte Variante durchzurechnen.

Herr Mangelsdorf bittet namens der CDU-Fraktion um eine Auszeit. Der Kreistag tritt von 17:25 Uhr bis 17:35 Uhr in eine Pause.

Herr Krehan hebt hervor, dass er bereits zwei Schulschließungen in Leitzkau miterlebt habe. Obwohl die Landespolitik betone, den ländlichen Raum zu stärken, sei die Schulpolitik für den ländlichen Raum ungünstig. Der Slogan „Sachsen-Anhalter stehen früher auf“ treffe zunehmend die Kinder.

Herr Bock erinnert daran, dass Herr von Wulffen nach der Kreisgebietsreform vor dem Kreistag berichtet habe, wie begeistert Loburg sei, nun zum Jerichower Land zu gehören. Er fordert, dass der Kreistag sich im Interesse der Kinder gegen die Schulschließung wehrt.

Herr Mangelsdorf nennt als eine Ursache, dass die Gemeindereform von Herrn Hövelmann „wieder aufgemacht“ wurde. Wenn die geplante Gemeindereform durchgesetzt worden wäre, gäbe es dieses Problem heute nicht. Er fragt, ob die von Herrn Fischer genannten Zahlen exakt seien.

Herr Girke antwortet, dass für die optimale Herrichtung des Standortes Möckern eine Summe von 1,5 Mio. Euro benötigt werde. Aufgrund einer Empfehlung des Kreisausschusses sei eine Minimalvariante (die bestimmten brandschutz- und sonstigen sicherheitstechnischen Bestimmungen entspricht) für ein Schulgebäude in Loburg in Höhe von 250.000 bis 3000.000 Euro ermittelt worden. Diese Summe beinhalte nicht die Brandschutzterrasse.

Auf die Frage von **Herr Dr. Krause** nach den Aussichten der eingereichten Klage antwortet **Herr Braun**, dass der Landkreis ein Verfahren bis zum Oberverwaltungsgericht betrieben und verloren habe. Es sei deutlich gesagt worden, dass die Vorgaben der Schulentwicklungsplanung und die Gebietsreform zwei verschiedene Dinge seien. Vorrang habe die Schulentwicklungsplanung. Der Zusammenschluss Möckern/Loburg und die „gefühlte Ungerechtigkeit“, dass Loburg mit der Gebietsreform seinen eigentlichen Status verloren habe und sich formal benachteiligt fühle, spiele dabei keine Rolle. Er bezeichnet die Erfolgsaussichten der Klage als sehr begrenzt, er halte einen Erfolg - wie bei der ersten Klage - sogar für ausgeschlossen.

Herr Dr. Kaatz verweist auf die Möglichkeit, dass nach der Landtagswahl 2016 andere Prämissen gesetzt werden. Der Kreistag habe jetzt die Chance, die Schule erst mal zu erhalten. Er habe den Eindruck, dass der Brandschutz manchmal eingesetzt werde, um etwas zu verhindern. Er frage, wann ist in Deutschland eine Schule abgebrannt und sind Schüler darin verunglückt. Der Brandschutz könne auch mit geringeren Mitteln gewährleistet werden.

Herr Köppen beantragt namens der Fraktion FDP/Wählergemeinschaften/Freie Wähler, dass den Kreistagsmitgliedern die Begründung der Klageschrift zur Verfügung gestellt wird, falls der Beschlussvorschlag abgelehnt werden sollte.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen.

Der Beschlussvorschlag lautet: Der Kreistag beschließt, die Beschulung aller Schüler der künftigen Gemeinschaftsschule ab dem Schuljahr 2015/16 am Standort Möckern zu organisieren. Die Klage gegen den Bescheid des Landesschulamtes vom 09.02.2015 wird zurückgenommen.

Der Kreistag lehnt den Beschlussvorschlag bei 3 Ja-, 19 Neinstimmen und 17 Stimmenthaltungen in namentlicher Abstimmung (Anlage 1) ab.

TOP 9

01/80/15

Beschaffung des Ratsinformationssystems "Session"

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass zur Vorlage niemand das Wort nimmt.

Der Kreistag ermächtigt den Landrat einstimmig, nach vorliegender Genehmigung des Haushalts 2015, das Ratsinformationssystem "Session" über die Kommunale IT-Union e.G. zu beschaffen.

TOP 10

01/81/15

Beitritt des Landkreises Jerichower Land zur Kommunalen IT- Union e.G.

Der Vorsitzende des Kreistages begrüßt **Herrn Dr. Wandersleb** sowie **Herrn Petereit** von der Kommunalen IT-UNION e.G. (KITU).

Herr Dr. Wandersleb und **Herr Petereit** stellen den Kreistagsmitgliedern anhand einer Präsentation die Kommunale IT-UNION e. G. (KITU) vor.

Der Vorsitzende des Kreistages dankt den Herren für ihre Ausführungen.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass zur Vorlage niemand weiter das Wort nimmt.

Gemäß § 45, Absatz 2, Satz 9 Kommunalverfassungsgesetz (KVG LSA), beschließt der Kreistag einstimmig den Beitritt des Landkreises Jerichower Land zur Kommunalen IT-UNION e.G. (KITU) mit Wirkung zum 01.09.2015.

TOP 11

Bericht des Landrates über wichtige Kreisangelegenheiten und Eilentscheidungen

Herr Girke verweist auf die der Einladung beigefügten Grundsätze der Unterbringung von Asylbewerbern im Landkreis Jerichower Land. Gegenwärtig habe der Landkreis eine Kapazität von 450 Plätzen. Mit Stand der letzten Woche habe der Landkreis 399 Asylbewerber, 50 weitere seien avisiert. Wenn es nicht gelinge, durch die gerichtlich festgestellten Abschiebungen bzw. die Anerkennung als Flüchtling frei werdende Kapazitäten zu nutzen, müsse kurzfristig gehandelt werden. Nach Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt und dem Innenministerium werde eingeschätzt, dass noch 300 zusätzliche Unterbringungsplätze - aufgeteilt auf Burg und Genthin - benötigt werden. Die Aufnahmemöglichkeit dieser beiden Kommunen sei damit erreicht. Bei weiteren Aufnahmen müsse in andere Gemeinden gegangen werden. Bevorzugt werde die zentrale Unterbringung. In Anbetracht der Aufnahmeverpflichtung und der akut gefährdeten Unterbringung, werde die Verwaltung kurzfristig beginnen, zusätzliche Kapazitäten zu schaffen und dazu die entsprechenden Ausschreibungen vorzunehmen. Für den Kreistag im Monat September werde ein umfassendes Konzept zur Asylbewerberunterbringung vorgelegt.

Auf die Frage von **Herrn Fickel** nach den Kosten, der Kalkulation und den Mietverträgen für die im vergangenen Jahr angemieteten Wohnungen sowie für die aktuellen Fälle und auf seine Anregung, die Ausschüsse für Finanzen und Soziales einzubinden, antwortet **Herr Girke**, dass sich die Zahlen aus der Ausschreibung ergeben haben und Grundlage für die Mietverträge seien. Neben der Unterbringung seien aber auch die soziale Betreuung und die Vorhaltung von Hausmeisterdiensten, Deutschkursen und ähnlichem zu sichern. Aus diesen Faktoren setze sich die Gesamtsumme zusammen. Ziel müsse es sein, die vom Land vorgesehene Summe von 8.600 Euro einzuhalten. Er erinnert Herrn Fickel daran, dass er seine Fragen erst zur Sitzung des Sozialausschuss im September gestellt habe. Bis dahin habe man sicher verlässliche Zahlen. Jede Mitarbeit der Ausschüsse sei wertvoll.

Als Vorsitzender des Sozial- und Gesundheitsausschusses verweist **Herr Dr. Krause** darauf, dass die Unterbringung der Asylbewerber nicht nur unter dem finanziellen sondern auch unter den sozialen Aspekt Schwerpunktthema der nächsten Ausschuss-Sitzung werden soll.

Auf die diesbezügliche Frage von **Herrn Bernicke** antwortet **Herr Girke**, dass alle zusätzlichen Asylbewerber zentral untergebracht werden sollen.

Zur Frage von **Herrn Buchmann** erklärt **Herr Girke**, dass die eben genannten Zahlen sich auf Burg und Genthin beziehen. In seinen Ausführungen habe er aber bereits dargelegt, dass damit die Aufnahmekapazität erreicht sei und perspektivisch nicht ausgeschlossen werden könne, dass auch in ländliche Bereiche gegangen werde.

Der Landrat ergänzt, dass es sich bei diesem Personenkreis um Asylbewerber handle, die tatsächlich unterzubringen seien. Sobald die Personen einen Bleibestatus bekommen, werden sie ihr freies Aufenthaltsrecht nutzen. Bisher habe die Masse derer, die ein Bleiberecht bekommen hat, den Landkreis in Richtung Westen oder Norden und meistens in Richtung der Großstädte verlassen.

Auf die Frage von **Herrn Krehan** nach einem „Plan B“, wenn Burg und Genthin für die Unterbringung nicht ausreichen, antwortet **Herr Girke** dass man sich darauf vorbereite und dass der

Kreistag rechtzeitig involviert werde. In diesem Jahr sei die Interbringung in den beiden Kommunen gewährleistet.

TOP 12

Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass keine schriftlichen Anfragen und Anregungen eingereicht wurden.

Herr Dr. Randel fragt ausgehend von der durch den Landrat geschilderten Finanzlage und der Aufforderung, ihn zu unterstützen, um die Situation gegenüber der Landesregierung und dem Landtag deutlich zu machen, welche konkreten Vorschläge er dazu hätte.

Der Landrat dankt für die erhaltenen Signale. Die Unterstützung könnte auf sehr unterschiedlichem Wege erfolgen. Einige Fraktionen hätten auch Mandate im Landtag oder andere Verbindungen. Vier-Augen-Gespräche würden oft mehr bringen als ein formeller Brief. Auch die Medien könnten mit eingebunden werden.

Frau Auerbach fragt, ob geplant sei, das „produktive Lernen“ in der Sekundarschule Möser fortzusetzen, wenn nein, wo dann und ob die Möglichkeit geprüft wurde, das „produktive Lernen“ zentral in Burg unterzubringen.

Der Landrat antwortet, dass das Gebäude in Möser für einen STARK III - Antrag vorgesehen sei. Aus eigenen Mitteln sei der Landkreis nicht in der Lage, ein solches Projekt durchzuführen. Die zwei Klassen „produktives Lernen“ sollen nach Möckern verlagert werden. Die Frage nach der zentralen Unterbringung in Burg nehme er als Anregung entgegen und werde ggf. im nächsten Bildungsausschuss darüber informieren.

Herr Dr. Kaatz bringt seine Fassungslosigkeit zum Ausdruck, dass in der Region durch das Ziehen der Wehre drei Gewässer trocken fallen. Das sei ein Verbrechen. Er erwarte von der Verwaltung die schnellstmögliche Untersuchung und das umgehende Bespannen der Gewässer, um wenigstens eine Schadensminimierung zu erreichen.

Herr Girke bestätigt die Ausführungen von Herrn Dr. Kaatz. Die Fischteiche bei Isterbies seien durch Öffnen der Wehre entleert worden. Die zuständigen Ämter des Landkreises haben sich die Situation vor Ort angesehen, Beratungen mit dem gewässerkundlichen Landesdienst geführt und wegen der Öffnung der Wehre Strafanzeige gestellt. Aufgrund der gegenwärtigen Witterungslage und der sehr geringen Wasserführung der Ehle sei ein Anstau der Teiche noch nicht möglich. Über den Wiederanstau werde weiter beraten.

Der Vorsitzende des Kreistages stellt fest, dass keine weiteren Anfragen und Anregungen vorgetragen werden.

TOP 13

Schließung des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende des Kreistages schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:15 Uhr und wünscht den Vertretern der Öffentlichkeit einen angenehmen Nachhauseweg.

TOP 16

Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe der in der nicht öffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende des Kreistages stellt die Öffentlichkeit der Sitzung wieder her und gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil keine Beschlüsse gefasst wurden.

TOP 17

Schließung der Sitzung

Der Vorsitzende des Kreistages schließt die Sitzung um 19:30 Uhr. Er wünscht allen einen guten Nachhauseweg.

Fickel
Vorsitzender des Kreistages

Finzelberg
Protokollführerin